

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 102. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 1. April 2004

#### Tagesordnungspunkt 3:

- a) Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Sicherung und Förderung des Fachkräftenachwuchses und der Berufsausbildungschancen der jungen Generation (Berufsausbildungssicherungs-gesetz – BerASichG)** (Drucksache 15/2820) .....

9148 C

- b) Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Christoph Hartmann (Homburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Ausbildungsplatzabgabe verhindern – Wirtschaft nicht weiter belasten – Berufsausbildung stärken** (Drucksache 15/2833) .....

9148 D

#### Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Petra Pau.

#### Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Berufsausbildungssicherungsgesetz – oder kurz, wie es auf der Drucksache steht, das „BerASichG“ – ist allgemein unter „Ausbildungsumlage“ bekannt. Ihr Sinn ist übersichtlich: Wer nicht ausbildet, obwohl er es könnte, soll sich wenigstens finanziell an der Ausbildung beteiligen. Wer ausbildet, obwohl es ihm schwer fällt, soll finanziell entlastet werden. Eine solche Umlage ist nur recht und billig. Die PDS im Bundestag fordert sie seit langem. Rot-Grün steht im Wort.

Das zu lösende Problem wird deutlich, sobald man die Fakten sprechen lässt. Seit Jahren ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze rückläufig. Nach Angaben des DGB bildet heute nur noch jeder vierte der 2,1 Millionen Betriebe in Deutschland aus. Zugleich wächst die Zahl derjenigen, die vergebens eine Lehrstelle suchen. Nach Angaben der Bundesregierung waren es im Herbst 2003 circa 35 000 Jugendliche. Die Zahlen des DGB sind wahrscheinlicher. Wenn man nämlich all diejenigen dazuzählt, die in Warteschleifen geparkt sind, kommt man auf über 200 000 Betroffene. SPD und Grüne betonen das große Potenzial der Wirtschaft, das brachliegt, wenn nicht ausgebildet wird. Ich betone das schlimme Signal für die Jugendlichen, die sich wert- und nutzlos fühlen. Das kann in der Zukunft nicht gutgehen.

Besonders dramatisch ist die **Lage in den neuen Bundesländern**. Immer mehr Jugendliche bleiben ohne Chance auf eine betriebliche Ausbildung. Sie werden in Ersatzmaßnahmen geparkt oder werden außer Landes gedrängt. Das hat Folgen für die Regionen. Ihnen kommt nämlich die Jugend abhanden und damit auch die Zukunft. Der „Spiegel“ schrieb dazu sarkastisch: „Zurück bleiben Alte, Kranke und Dumme“. Das ist ein zusätzliches Problem im Problembereich Ausbildungsplätze und darf den neuen Bundesländern nicht alleine überlassen werden.

Nun weht ein Sturm der Entrüstung durch das Land, seitdem Rot-Grün mit der Ausbildungsabgabe ernst macht. Ein Argument wird auf das nächste getürmt, um das Berufsausbildungssicherungsgesetz, wie es amtlich heißt, zu verhindern. Unternehmerverbände malen Horrorszenarien und drohen mit noch weniger Ausbildung. Die FDP warnt vor einer Bußsteuer. Die CDU/CSU sieht den Standort Deutschland bedroht. Ist Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch nie aufgestoßen, dass andersherum ein Schuh daraus wird?

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Die wirtschaftspolitische Expertise der PDS hat schon die DDR zugrunde gerichtet!)

Hunderttausende Unternehmen bilden nicht aus, obwohl sie es könnten. Diese gefährden den Standort Deutschland. Siebürden den anderen Lasten auf, anstatt sie zu teilen, und sie lassen immer mehr junge Menschen hängen. Dagegen muss etwas getan werden. Wir sind hier, um politisch zu intervenieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das viel gelobte **duale Ausbildungssystem** hinkt seit langem. Immer weniger Jugendliche werden betrieblich und immer mehr ersatzweise außerbetrieblich ausgebildet. Das ist weder im Sinne des Erfinders noch im Interesse der Jugendlichen. Hinzu kommt: Die Unternehmen, die nicht ausbilden, sparen Kosten. Stattdessen müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Ersatzmaßnahmen aufkommen. Es ist dasselbe Trauerspiel, das wir auch auf anderen Gebieten erleben: Viele Unternehmen entziehen sich ihrer Sozialpflicht. Die Opposition zur Rechten findet das gut, die Opposition zur Linken findet das nicht gut.

Eine Ausbildungsumlage ist nicht nur ein Gebot der Vernunft und der Moral – beides ist der Marktwirtschaft, wie wir wissen, nicht naturgegeben –, sie ist auch rechtlich geboten, und zwar spätestens seit dem **Urteil des Bundesverfassungsgerichtes** aus dem Jahre 1980. In diesem Urteil hat das Gericht allen Jugendlichen das Recht auf eine praxisbezogene Ausbildung eingeräumt und die Arbeitgeber verpflichtet, für die Verwirklichung dieses Anspruchs zu sorgen. Daneben hat es dem Staat, der Politik, bedeutet – ich zitiere aus dem Urteil –:

Das gilt auch, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung dieser Aufgabe nicht mehr ausreichen sollte.

Kurzum: Das Recht steht aufseiten von Rot-Grün, wenn die Koalition die Umlage nun endlich einführt.

In der ganzen Debatte wird der Ball nun zurückgespielt, zum Beispiel mit dem Argument, viele Unternehmen seien zwar ausbildungswillig, aber immer mehr Jugendliche seien gar nicht ausbildungsfähig. Dem will ich im Einzelfall gar nicht widersprechen. Die Klagen über das Ausgangsniveau an deutschen Schulen sind nicht neu und nicht erst seit der PISA-Studie im internationalen Vergleich belegt. Allerdings ist das eher ein gutes Argument für eine gründliche Bildungsreform und ein schlechtes Argument gegen eine Ausbildungsumlage.

Das heißt, die PDS im Bundestag ist grundsätzlich für eine solche Umlage. Über die Details muss man im weiteren Verfahren miteinander reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Sie kennen die Urteile des Verfassungsgerichts besser als die CDU! Das spricht für Sie, Frau Pau!)